Simone Fischer
Mitglied des Deutschen Bundestages
Mitglied im Ausschuss für Gesundheit
Sprecherin für Pflegepolitik
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Simone Fischer, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Berlin, 4. Dezember 2025

Bezahlbare Pflege – stark, fair und an den Menschen orientiert

Die Pflege steht vor einem Wendepunkt. Immer mehr Menschen brauchen Unterstützung, während die soziale Pflegeversicherung unter enormen Druck steht: Die Ausgaben steigen rasant, die Einnahmen halten nicht Schritt. Schon mehrfach konnten Defizite nur durch Beitragserhöhungen oder staatliche Darlehen aufgefangen werden – ein Zeichen dafür, dass das System an seine Grenzen kommt. Die demografische Entwicklung wird diese Herausforderung weiter verschärfen.

Pflege ist Daseinsvorsorge. Sie betrifft Millionen Familien, Angehörige und Beschäftigte – und sie braucht endlich notwendige politische Verlässlichkeit. Menschen müssen sich darauf verlassen können, im Pflegefall gut versorgt zu sein – bezahlbar, wohnortnah, gut organisiert. Dieses Versprechen steht auf dem Spiel: Durch steigende Eigenanteile, fehlende Pflegeangebote, Fachkräftemangel und eine strukturell unterfinanzierte Pflegeversicherung.

Der Koalitionsvertrag der schwarz-roten Bundesregierung sieht vor, dass eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe bis Ende 2025 Vorschläge für eine Pflegereform vorlegen soll. Doch wenige Tage vor Abschluss der Beratungen ist weiterhin offen, welche Richtung grundlegende Entscheidungen gehen. Was fehlt, ist eine klare Linie für eine starke, solidarische und zukunftsfeste Finanzierung der Pflege.

Eine wirksame Pflegereform ist dringend notwendig – verlässlich, solidarisch, bezahlbar und nah an den Menschen. Die hier formulierten Leitplanken zeigen auf, welche Entscheidungen jetzt notwendig sind, damit die Pflegeversicherung solide und fair finanziert wird und Leistungen dort ankommen, wo sie gebraucht werden – bei den Menschen. Zentrale Elemente sind eine Bürgerversicherung, eine verlässliche Kostendeckelung bei 1000 Euro und wirksame Strukturreformen für eine bedarfsgerechte Versorgung.

Simone Fischer MdB • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin
Telefon +49 30 227 – 70879 • E-Mail: simone.fischer@bundestag.de

Die folgenden Vorschläge sind ein Beitrag zur öffentlichen Debatte und ein Angebot an die Bundesregierung, diese Punkte im Reformprozess aufzugreifen. Denn eines gilt: Pflege darf keine Frage des Geldbeutels sein – sie ist eine Frage von Würde und Zusammenhalt.

1. Finanzierung von Pflege – bezahlbar und fair

Um die soziale Pflegeversicherung auf eine breitere und gerechtere Basis zu stellen, sind zentrale Elemente unumgänglich:

- **Beitragslast fair verteilen – Arbeitnehmer*innen, Rentner*innen und Unternehmen spürbar entlasten:** Die Finanzierung der Pflege darf nicht allein auf Beschäftigten und Rentner*innen lasten. Sie sollte künftig auf breiteren Schultern ruhen. Wenn alle entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit beitragen – unabhängig davon, ob das Einkommen aus Arbeit, selbstständiger Tätigkeit, dem Beamten- oder Abgeordnetenstatus oder aus Kapitalerträgen und Mieteinnahmen stammt – entsteht ein System, das fairer ist. Eine solidarischere Finanzierung stärkt die Pflegeversicherung langfristig, stabilisiert die Beiträge und sorgt dafür, dass die Pflege für alle bezahlbar bleibt. Sie reduziert die Kosten von Arbeit und entlastet damit auch Unternehmen.

- **Beitragsbemessungsgrenze weiterentwickeln:** Höhere Einkommen sollen angemessen zu einer tragfähigen und verlässlichen Pflegefinanzierung beitragen. Eine behutsame Anpassung stärkt die Einnahmebasis, ohne Beschäftigte und Arbeitgeber*innen unnötig zu belasten.

- **Rentenbeiträge für pflegende Angehörige steuerfinanziert absichern:** Die Rentenbeiträge, die die Pflegeversicherung leistet, sollen vollständig durch Steuermittel erstattet werden. Das entlastet die Beitragszahler*innen und stärkt die Anerkennung familiärer Pflege.

Diese Reformschritte stärken die Finanzbasis der sozialen Pflegeversicherung deutlich: Schon im Jahr 2026 würden Mehreinnahmen von bis zu 16 Milliarden Euro entstehen; bis 2060 wächst das mögliche Finanzpolster auf knapp 55 Milliarden Euro an[1]. Damit würden endlich Spielräume geschaffen, um Leistungen zu sichern, Eigenanteile zu begrenzen und pflegende Angehörige zu entlasten – ohne ständige Beitragserhöhungen. Umgehend müssen die **Corona-Mehrkosten** an die Pflegeversicherung zurückerstattet werden.

[1] Eigene Berechnungen auf Basis von IGES Institut (2024): Stellschrauben für die künftige Finanzierung der Pflegeversicherung im Auftrag der interministeriellen Arbeitsgruppe unter Leitung des BMG

Simone Fischer MdB • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

Telefon +49 30 227 – 70879 • E-Mail: simone.fischer@bundestag.de

Ein Ausbau des Pflegevorsorgefonds bringt hingegen nach allen vorliegenden Berechnungen nur geringe zusätzliche Effekte[2]. Falls die Bund-Länder-Arbeitsgruppe dennoch konkrete Verbesserungen entwickelt, müssen Zuführungen vorrangig aus Steuermitteln erfolgen und nicht aus den Beiträgen der Versicherten.

2. Kostenbelastung senken – Pflegekosten deckeln

Mehr Einnahmen müssen zu mehr Entlastung führen. Die ständig steigenden Kosten sind für viele pflegebedürftige Menschen nicht mehr tragbar und dafür braucht es Lösungen. Die zusätzlichen Mittel aus der fairen und soliden Finanzierung müssen dort wirken, wo sie gebraucht werden: Sie sollen den Beitragssatz senken und stabil halten sowie die Eigenanteile Pflegebedürftiger verlässlich begrenzen. Dafür sind folgende Schritte nötig:

- **Eigenanteile verbindlich begrenzen:** Einführung eines Pflege-Deckels von 1.000 Euro in der stationären Pflege; im ambulanten Bereich entsprechend niedrigerer. Das macht Pflege bezahlbar und planbar.

- **Entlastung bei den Ausbildungskosten:** Die Ausbildung in der Pflege soll aus Steuermitteln finanziert werden. Das entlastet Auszubildende, pflegebedürftige Menschen sowie Beitragszahler*innen und stärkt die Fachkräftesicherung.

- **Medizinische Behandlungspflege über die gesetzliche Krankenversicherung finanzieren:** Wie im ambulanten Bereich soll die medizinische Behandlungspflege auch in stationären Pflegeeinrichtungen vollständig der GKV zugeordnet werden. Das schafft klare Zuständigkeiten, eine bessere Versorgung und trägt dazu bei, die Eigenanteile für pflegebedürftige Menschen zu senken.

Diese Maßnahmen sind rechtlich umsetzbar und helfen pflegebedürftigen Menschen schnell und spürbar. Die Bund-Länder-Arbeitsgruppe muss hier endlich verbindliche Schritte vorlegen und die Finanzierung dauerhaft stabilisieren. Mindestens braucht es eine regelgebundene Dynamisierung der Pflegeleistungen: Eine automatische Anpassung zu zwei Dritteln an die Lohnentwicklung und zu einem Drittel an der Inflation orientiert.

Eine verpflichtende private Vorsorge hingegen verlagert das Risiko ins Private und löst keine aktuellen Finanzierungsprobleme. Sie belastet die junge Generation doppelt und ist wesentlich ineffizienter als das solidarische Umlagesystem.

[2] Vgl. IGES-Institut (2024), S. 40 ff.

Simone Fischer MdB • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

Telefon +49 30 227 – 70879 • E-Mail: simone.fischer@bundestag.de

3. Versorgung stärken – Unterstützung verlässlich machen

Die Strukturen der pflegerischen Versorgung sind dringend reformbedürftig, damit eine am Bedarf orientierte und wirksame Unterstützung möglich wird. Viele Menschen und ihre Angehörigen finden nicht die Hilfe, die sie brauchen, Leistungen kommen zu spät, sie geraten in akute Überforderung. Damit Pflege im Alltag verlässlich funktioniert, braucht es folgende Schritte:

- **Case-Management einführen:** Ein strukturiertes Case-Management soll pflegebedürftige Menschen dabei unterstützen, passende Angebote zu finden, Leistungen zu koordinieren und sie durch den gesamten Versorgungspfad hinweg zu begleiten. Das stellt eine passgenaue Versorgung sicher und kann Angehörige entlasten.

- **Pflegebudgets ermöglichen:** Pflegebudgets schaffen mehr Flexibilität, bündeln Leistungen und bilden individuelle Bedarfe besser ab – ein wichtiger Zwischenschritt hin zu einer modernen, am Bedarf orientierten und personenzentrierten Versorgung.

- **Sektorübergreifende Module entwickeln:** Perspektivisch sollen modulare Unterstützungsstrukturen entstehen, die Versorgung über alle Sektoren hinweg verbinden – bedarfsgerecht, unabhängig vom Wohnort, klar verständlich.

- **Angebote für pflegerische Akutsituationen schaffen:** Für Notfälle braucht es verlässliche Soforthilfe: etwa Notfallnummern, Bereitschaftsdienste vernetzter Pflegeanbieter und vorgehaltene Notfallpflegeplätze.

- **Regionale Planung stärken:** Pflege soll stärker regional geplant und gesteuert werden. Das verbessert Abstimmungen, reduziert Reibungsverluste und erhöht die Effizienz der Versorgung – insbesondere im ambulanten Bereich.

- **Prävention gezielt ausbauen:** Präventionsangebote sollen ausgeweitet werden, vor allem für Menschen mit erhöhtem Pflegerisiko – etwa ältere Menschen mit chronischen oder mehrfachen Erkrankungen.

- **Abrechnungsbetrug bekämpfen:** Es darf nicht sein, dass die knappen Mittel in der Pflege in Fällen von Abrechnungsbetrug zweckentfremdet und veruntreut werden. Hier muss geprüft werden, welche Maßnahmen gesetzgeberisch noch getroffen werden können, um diesen Missbrauch künftig stärker zu unterbinden.

Simone Fischer MdB • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin
Telefon +49 30 227 – 70879 • E-Mail: simone.fischer@bundestag.de

Die Bund-Länder-Arbeitsgruppe diskutiert derzeit Teile dieser Reformen. Zu begrüßen sind insbesondere die pflegefachliche Begleitung mit Case-Management durch die geplante Zusammenführung bestehender Beratungsansprüche.

Wichtig ist: Ein Case-Management darf kein „Gate Keeping“ sein. Es soll pflegebedürftige Menschen passgenau unterstützen – nicht den Zugang zu Leistungen beschneiden.

Außerdem unterstützenswert sind die Initiativen der Arbeitsgruppe zu sektorübergreifenden Modulen, Pflegebudgets als Zwischenschritt und Angebote für pflegerische Akutsituationen. Gleichzeitig darf es keine Einschnitte in der Versorgung für pflegebedürftige Menschen geben, weil sich die Regierungskommission zum Ziel setzt, die neuen Budgets ausgabenneutral zu gestalten. Eine regional gesteuerte Pflegeinfrastruktur und gezielte Präventionsprogramme für Menschen mit erhöhtem Pflegerisiko sind zentral, um Versorgung bedarfsgerecht zu gestalten und Pflegebedürftigkeit vorzubeugen.

4. Unterstützung für pflegende Angehörige – Vereinbarkeit endlich verbessern

Neun von zehn pflegebedürftigen Menschen werden zu Hause versorgt – häufig ohne ausreichend professionelle Unterstützung. Das ist ein großer gesellschaftlicher Kraftakt, der viele Familien an ihre Grenzen bringt. Angehörige und Menschen aus dem sozialen Umfeld, die diese Verantwortung tragen, brauchen deutlich mehr Rückhalt. Von einer stärkeren pflegefachlichen Begleitung werden sie spürbar profitieren. Diese Schritte sind für pflegende Angehörige und für die Entlastung der häuslichen Pflege entscheidend:

- **Freistellungsmöglichkeiten vereinfachen:** Die bestehenden gesetzlichen Regelungen der Pflegezeit und Familienpflegezeit sollen zusammengeführt, unbürokratisch gestaltet und alltagstauglich gemacht werden, damit pflegebedingte Erwerbspausen wirklich möglich sind.

- **Lohnersatzleistung einführen:** Pflegende Angehörige brauchen eine verlässliche Lohnersatzleistung - nicht irgendwann, sondern bald. Sie ist zentral, um Pflege und Beruf miteinander vereinbaren zu können.

- **Tagespflege stärken:** Verbindliche bundeseinheitliche Regeln für Abwesenheiten und eine gesicherte Vorhaltung von Plätzen schaffen Planungssicherheit und echte Entlastung.

- **Sorgende Gemeinschaften fördern:** Kommunen sollen beim Aufbau von „Caring Communities“ unterstützt werden, um niedrigschwellige Unterstützungsnetzwerke zu stärken.

- **Neue Rollen in der Pflege etablieren:** Mit neuen Berufsprofilen wie Advanced Practice Nurse und Community Health Nurse können pflegebedürftige Menschen früher, bedarfsgerechter und niedrigschwelliger unterstützt werden – gerade im ländlichen Raum.

Die Bund-Länder-Arbeitsgruppe erkennt manche Herausforderungen, bleibt aber zögerlich. Dass die Lohnersatzleistung erst bis Ende 2027 geprüft werden soll, ist nicht akzeptabel. Pflegende Angehörige brauchen diese Unterstützung längst.

Auch die Entlastung der häuslichen Pflege kommt in mancher Hinsicht zu kurz: Tagespflege braucht klare nationale Standards, und Kommunen benötigen Unterstützung, um Sorgende Gemeinschaften aufzubauen und weiterzuentwickeln.

Mehr Verantwortung für akademisch qualifizierte Pflegefachpersonen – etwa in der gemeindenahen Gesundheitsversorgung – stärkt die Versorgung und entlastet Angehörige. Die Einführung solcher neuen Rollen muss konstruktiv begleitet werden.

5. Nachhaltigkeit und Digitalisierung – konsequent mitdenken

Pflege findet nicht im luftleeren Raum statt. Hitze, Extremwetter und steigende Energiekosten treffen pflegebedürftige Menschen besonders hart – und gleichzeitig arbeiten Einrichtungen oft mit veralteter Technik und hohem Ressourcenverbrauch. Auch digital ist der Pflegebereich vielerorts noch nicht da, wo er sein müsste. Beide Themen müssen integraler Bestandteil der anstehenden Pflegestrukturreform sein. Notwendig sind:

- **Klimaanpassung ausbauen:** Das bestehende Bundesprogramm „Klimaanpassung in sozialen Einrichtungen“ soll ausgeweitet und durch eine Pauschale von 200 Euro pro pflegebedürftige Person ergänzt werden – für Hitzeschutz, Kühlung, Beschattung und weitere Maßnahmen, die konkret schützen.

- **Nachhaltigkeit verbindlich verankern:** Nachhaltigkeit soll als Ziel in den Sozialgesetzbüchern verankert werden. Künftige Reformschritte müssen sich daran orientieren.

- **Telematikinfrastruktur endlich vollständig nutzen:** Pflegeeinrichtungen und -dienste müssen zeitnah und vollständig an die TI eingebunden werden, um Medienbrüche und Verzögerungen zu vermeiden.

- **Digitale und sprachgesteuerte Dokumentation einführen:** Moderne Dokumentationssysteme sollen die Pflegenden spürbar entlasten und Abläufe vereinfachen.

- **Digitale Kommunikation sicherstellen:** Eine verlässliche digitale Kommunikation zwischen allen Beteiligten – Leistungsanbietern, Angehörige, Pflegekassen und Gesundheitswesen – muss gewährleistet sein.

- **Robotik und KI gezielt erproben:** Technologien wie Robotik oder Künstliche Intelligenz sollen systematisch erprobt werden, um Pflegende zu entlasten und Prozesse effizienter zu gestalten – immer mit Blick auf Wirksamkeit und Alltagstauglichkeit.

Die schwarz-rote Bundesregierung blendet Nachhaltigkeit und Klimaschutz bislang vollständig aus – ein gravierendes Versäumnis, gerade angesichts zunehmender Hitze und Extremwettereinflüsse auf pflegebedürftige Menschen.

Auch bei der Digitalisierung finden sich in den bisher bekannt gewordenen Zwischenergebnissen sehr viele Prüfaufträge. Beide Bereiche müssen zwingend in die weiteren Beratungen einfließen und zu konkreten Ergebnissen führen, damit eine moderne, resiliente und zukunftsfähige Pflegeinfrastruktur entsteht. Pflege soll tragen – für die Menschen, die sie brauchen, und für die, die sie leisten. Damit sie entlastet, solidarisch finanziert und überall verlässlich organisiert ist, setzen wir uns ein.

Simone Fischer MdB • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin
Telefon +49 30 227 – 70879 • E-Mail: simone.fischer@bundestag.de